Pflichtinformationen nach Art. 13 und 14 DSGVO

1. Verarbeitungsspezifische Informationen

Veröffentlichung im Vergabeportal	Diese Pflichtinformationen können Sie bis zur Beendigung des Vergabeverfahrens (voraussichtlich September 2019) jederzeit auch in dem Vergabeportal www.tender24.de unter SWF-2018-0001 abrufen und downloaden.
Namen und Kontaktdaten der Verantwortlichen	Stadtwerke Frankenthal GmbH, Wormser Str. 111, 67227 Frankenthal
Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten	Stadtwerke Frankenthal GmbH, Wormser Str. 111, 67227 Frankenthal, Herr Martin Arbeiter, Tel.: 06233 602 257, E-Mail: datenschutz@stw-frankenthal.de
Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden	Name, berufliche Eignung (Ausbildung, Berufserfahrung, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Zeugnisse, Lebenslauf, Lichtbilder, Geburtsdatum, Angaben zu Referenzen)
Quelle der personenbezogenen Daten	Soweit wir die Daten nicht unmittelbar bei Ihnen erhoben haben bzw. von Ihnen mitgeteilt bekommen haben, stammen die Daten von dem Teilnehmer (in der Regel Ihr Arbeitgeber) oder einem sonstigen Referenzgeber.
Zwecke, für die die personenbezogenen Daten verarbeitet werden sollen	Vergabe eines öffentlichen Auftrages, Feststellung der beruflichen Befähigung des Teilnehmers, Erfüllung der gesetzlichen Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten, Verfolgung berechtigter Interessen (Vergabe öffentlicher Aufträge, Abwehr von Ansprüchen; Kenntnis der beruflichen Befähigung der Teilnehmer)
Rechtsgrundlage für die Verarbeitung	• Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO zur Erfüllung Steuer- und handelsrechtliche Aufbewahrungspflichten • Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO und Art. 6 Abs. 1 lit. e) DSGVO in Verbindung mit §§ 97 ff. des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Sektorenverordnung (SektVO) und den Teilnahmebedingungen des Vergabeverfahrens (Vergabe eines öffentlichen Auftrags, Kenntnis und Dokumentation der beruflichen Befähigung des Auftragnehmers) • Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO (Vergabe eines öffentlichen Auftrags, berechtigte Interesse des Auftraggebers an Kenntnis und Dokumentation der beruflichen Befähigung des Auftragnehmers; Durchsetzung und Abwehr von Ansprüchen)
Empfänger oder Kategorien von	Behörden, externe rechtliche und technische Berater

Empfängern der personenbezogenen Daten	
Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden	Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, sobald diese für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind, bzw. nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten. Die Speicherfristen können dabei bis zu 10 Jahren betragen.

2. Erforderlichkeit der Datenerhebung

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für die Vergabe eines öffentlichen Auftrags und der Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtung erforderlich. Ohne diese Daten kann das Vergabeverfahrens nicht durchgeführt bzw. der gesetzlichen Pflichten nicht nachgekommen werden.

3. Rechte des Betroffenen

Der Betroffene hat nach der DSGVO folgende Rechte und Ansprüche gegen die Verantwortliche:

- das **Auskunftsrecht** (Art. 15 DSGVO)
- das **Recht auf Berichtigung (**Art. 16 DSGVO)
- das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DSGVO)
- das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DSGVO)
- das **Recht auf Datenübertragung** (Art. 20 DSGVO)

4. Widerspruchsrecht des Betroffenen gemäß Art. 21 DSGVO

Der Betroffene hat nach Art. 21 DSGVO das **Recht**, aus Gründen, die sich aus seiner besonderen Situation ergeben, **jederzeit gegen die Verarbeitung** ihn betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 lit. f) DSGVO erfolgt, **Widerspruch mit Wirkung für die Zukunft einzulegen**.

Die Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten des Betroffenen dann nicht mehr, es sei denn, die Verantwortliche kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten des Betroffenen überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Der Betroffene hat das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde nach Art. 77 DSGVO.** Danach kann sich jede betroffene Person unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes beschweren,

wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Gerne können Sie aber auch uns zuerst kontaktieren. In einem Telefonat lässt sich bekanntlich vieles klären.